

## Haushaltsrede 2011

(Donnerstag, 31. März 2011)

Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat,

als Freie Wählergemeinschaft sind wir geradezu entsetzt, dass die traditionellen politischen Parteien in Hagen trotz eines Schuldenbergs von 1,4 Mrd. Euro und eines strukturellen Defizits von jährlich weiterhin über 130 Mio. Euro immer noch meinen, die Bürgerinnen und Bürger mit Phrasen und Allgemeinplätzen abspeisen zu können und damit Stadtpolitik und -entwicklung betreiben zu können. Was verbirgt sich konkret hinter Aussagen, wie Bund und Land stehen in der Pflicht; Benchmarks müssen erhoben werden; es hat eine Aufgabenkritik zu erfolgen; es gilt Synergien zu heben, um Konsolidierungseffekte zu schaffen; es müssen Mehrwerte generiert werden u.s.w. Ich will es Ihnen sagen: So gut wie gar nichts. Der Bürger soll hingehalten werden, damit man so weiter machen kann wie bisher. Jedenfalls ist für Hagen Aktiv nicht zu erkennen, dass auf diese Weise – d.h. durch reines Anschlagen immer der gleichen Glocken - irgendwann eine Verbesserung der Situation eintreten wird. Und so werden auch in allen Fachgremien lange, abstrakt-akademische Diskussionen geführt, die bei genauerem Hinsehen schon im Ansatz scheitern müssen.

Warum?

Die Antwort ist verblüffend einfach: Ohne dass die Verwaltung belastbare betriebswirtschaftliche Kennzahlen zur Verfügung stellt, bleibt es beim folgenlosen Schwadronieren: Hätte – Könnte - Würde. Das A und O für fundierte Veränderungen sind jedoch die Ermittlung und Bereitstellung valider Zahlen und die Anwendung betriebswirtschaftlich-analytischer Methoden. Erst dann kann Politik verlässlich planen. Das fehlt in den Verwaltungsvorlagen - seit jeher.

Es war im Wesentlichen Hagen Aktiv, die im Zuge der Beratungen zum Haushaltssicherungskonzept 2011 die Verwaltung aufgefordert hat, detaillierte Angaben zu mehr als 50 Projekten zu liefern. Unsere Nachfragen nach betriebswirtschaftlichen Kennzahlen wurden jedoch vielfach ignoriert. Beispielhaft möchten wir eine Nachfrage aus dem HFA vom 06. Mai 2010 zum gemeinsamen Versorgungsamt mit der Stadt Dortmund nennen. Trotz viermaligen Nachfragens erhielten wir bis heute keine Antwort, geschweige denn wurden uns Zahlen geliefert. Viele andere Nachfragen wurden mit allgemeingültigen, langatmigen und inhaltsleeren Phrasen einfach nur zerredet. Dabei haben sich die Antwortenden zum Teil selbst widersprochen. In wenigen Fällen erhielten wir zwar Zahlenwerte, allerdings wurden aus diesen offensichtlich falsche Schlussfolgerungen gezogen.

Ganz offensichtlich verlässt sich die Verwaltung auf die ohnehin abgestimmten Mehrheitsbeschlüsse der beiden großen Fraktionen. Diese sind bekanntlich direkt und indirekt im Verwaltungsvorstand vertreten.

Hagen Aktiv, wie gesagt, hat als einzige Fraktion im Rahmen der HSK-Beratungen umfangreiche Antworten zu betriebswirtschaftlichen Kennzahlen eingefordert - belastbare Zahlen, versteht sich. Diese sind bei jeder Entscheidung zu einem Kürzungsvorschlag der Kämmerei für eine konkrete Meinungsbildung unabdingbar. So waren wir gezwungen, wie die anderen Fraktionen im Rat auch, unsere Entscheidungen quasi aus dem Bauch heraus zu treffen - sozusagen nach „gefühlter Richtigkeit“. Nicht zuletzt aufgrund dieses wackeligen Hintergrundes hat Hagen Aktiv schließlich mehr als 40 Prozent der Sparsumme abgelehnt und aus dem vorgelegten Paket des Kämmerers ein eigenes Paket geschnürt. Dieses ist – wie sollte es anders sein - an der oben bereits skizzierten Verabredung zwischen den großen Fraktionen gescheitert.

Deswegen legt der Kämmerer heute einen Haushalt 2011 vor, der in wesentlichen Punkten von unseren Vorstellungen abweicht. Diese möchte ich an dieser Stelle kurz ein weiteres Mal zusammen fassen: Insbesondere darf nach unserer Ansicht nicht in den Bereichen Jugend, Bildung, Soziales, ÖPNV und an den demokratischen Strukturen gespart werden. Ein „Kaputtsparen“ in diesen Bereichen kommt für uns nicht in Frage. Denn Hagen soll lebenswert bleiben.

Die Konsequenz daraus ist: Hagen Aktiv lehnt den vorliegenden Haushalt ab.

Im Folgenden möchten wir noch einmal konkret auf die Entscheidungswege und somit auch auf die lückenhaften Verwaltungsvorlagen eingehen. Als Ursache hierfür erscheinen uns die unzureichenden betriebswirtschaftlichen Fachkenntnisse und das mangelnde Kostenbewusstsein der Verwaltung zu sein. Darüber hinaus vermuten wir, dass genau dies von den traditionellen Hagener Parteien so gewollt ist. Warum sonst haben sie diesen Zustand über so lange Zeit hinweg geduldet bzw. tatenlos zugesehen und durch Aufblähen der Verwaltung sogar noch gefördert?

Die Beratungen zum HSK 2011 und die Antworten der Verwaltung haben jedenfalls gezeigt, dass die Verwaltung wenig fundiert, wenig innovativ und ohne die Einberechnung von Kostensteigerungen agiert. Die Verwaltung verwaltet den Status quo. Sie steuert und lenkt nicht.

Eine derartige Arbeitsweise können wir uns in der aktuellen Schieflage unserer Stadt definitiv nicht mehr leisten.

Was bedeutet das mit Blick auf die eingangs gebrandmarkten Allgemeinplätze und Phrasen. Lassen sie mich das zumindest an einer dieser, von den traditionellen Parteien gebetsmühlenartig wiederholten, Forderungen verdeutlichen:

### **Es gilt Synergien zu heben, um Konsolidierungseffekte zu schaffen**

Synergien hebt man nur, wenn Bereiche oder Teilbereiche zu einem neuen Ganzen zusammengelegt werden. Wenn man das will, gilt es zunächst die in Frage kommenden Abteilungen und Bereiche der Verwaltung verlässlich im Ist-Zustand abzubilden, besonders was betriebswirtschaftliche Kennzahlen angeht. Sodann muss anhand von Simulationen verlässlich geprüft werden, welche Zusammenlegungen in welcher Höhe Synergien ergeben, wiederum auf der Basis belastbarer betriebswirtschaftlicher Kennzahlen. Erst wenn diese Zahlen vorliegen, kann von politischer Seite mit einigermaßen ruhigem Gewissen eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob Verschmelzungen bzw. Ausgliederungen stattfinden sollen oder nicht. Die im Rahmen des HSK 2011 angepriesenen Synergien bei der Bildung des neuen Wirtschaftsbetriebs Hagen AöR lassen all diese Zahlen vermissen. Das Ende wird sein: Im Nachhinein kann überhaupt nicht festgestellt werden, ob die Ausgründungen tatsächlich das erbracht haben, was man angepriesen hat bzw. wie weit sie davon abweichen. Ich kann hier nur warnen: Das Bauchgefühl kann hier sehr trügerisch sein.

Soviel zu den Allgemeinplätzen aus der Einleitung.

Mit Blick auf das skizzierte Manko bei den Verwaltungsvorlagen unterbreitet Hagen Aktiv hier & heute zum wiederholten Mal einen einfachen Lösungsvorschlag. Wir fordern die übrigen Ratsfraktionen auf, uns bei diesem Ansinnen zu unterstützen. Dieser Vorschlag wiederholt, was wir in einem Antrag im Dezember 2010 bereits gefordert haben und was damals von allen Ratsfraktionen mitgetragen wurde:

Die Verwaltung muss bei allen Vorlagen umgehend – und nicht erst in einem Jahr oder noch später - valide Ist-Kennzahlen inklusive historischer Vergleichswerte zur Verfügung stellen, hieraus qualifizierte und belastbare Analysen ziehen und vor allem Preissteigerungen in zukünftige Planungen und Kalkulationen integrieren. Wir befinden uns nicht mehr in der Kameralistik, sondern im NKF. Also handeln Sie bitte verantwortungsvoll – im Sinne unserer Stadt sowie für die nachfolgenden Generationen.

Als Konsequenz sollte innerhalb der Verwaltung auch ein sogenanntes Kostenbewusstsein implementiert werden. Zukünftig gilt es zunehmend, den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch der Politik, kalkulierbare Fakten sowie eine entsprechende kompetente Facheinschätzung zu liefern. Dabei fordern wir eine höchstmögliche Transparenz auf der Basis betriebswirtschaftlicher Arbeitsmethoden.

Zurück zum Haushalt und zu Sparvorschlägen

Dass in Hagen gespart werden muss, ist unbestritten. Deswegen sagt Hagen Aktiv anhand von Beispielen nicht nur, wo nicht gespart werden darf sondern auch, wo und wie stattdessen gespart werden sollte bzw. könnte.

Beispiel: Gutachten.

Wir wollen nicht, dass die Stadt weiterhin teure externe Gutachten einkauft, hinter denen sich die Stadtspitze verstecken kann. Hier resultiert eindeutig eine große Sparsumme. Das Paradebeispiel ist hier das durch das neue BGH-Urteil wieder aktuelle Thema der Derivatgeschäfte. Zum wiederholten Male hat man sich in Hagen auf eine teuer eingekaufte, mangelhafte externe Unterstützung verlassen, mit dem Ergebnis, dass die Steuergelder unserer Bürgerinnen und Bürger schlichtweg aus dem Fenster geworfen wurden. Mehr als 40 Millionen € sind futsch. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wozu haben wir eigentlich gut bezahlte Fachleute in unserer Verwaltung?

Ich sage Ihnen: Sollte die Vergabe von externen Gutachten weiterhin der Königsweg innerhalb der Verwaltung sein, muss alternativ darüber nachgedacht werden – und zwar unverzüglich, wie das Verwaltungspersonal stärker abgebaut werden kann. Dieses wird ja offenbar nicht benötigt.

Aus dem Bereich der Rechtsgutachten will ich Ihnen darüber hinaus ein weiteres Beispiel zum **Wie** des Sparens erläutern:

Im Rahmen der HSK-Beratungen hat Hagen Aktiv bereits nachgefragt, wie hoch in den Vorjahren der jährliche Bedarf an externen Rechtsgutachten gewesen ist. Im Zeitraum 2008 bis 2010 ergab sich ein durchschnittlicher Betrag in Höhe von unter 30.000,- Euro. In der gleichen Zeitspanne wurden jedoch jeweils 70.000,- Euro als Budget in den jeweiligen Haushalt eingestellt, also insgesamt jeweils 40.000,- Euro mehr als erforderlich. Im Zuge der Sparmaßnahmen des HSK 2011 wurde der Haushaltsansatz für das Rechtsamt auf 50.000,- Euro verringert, so dass eine Reduktion in Höhe von 20.000,- Euro dem HSK als „Spareffekt“ zugerechnet worden ist. Unsere Frage an Sie, liebe Verwaltung: Hätte man den Ansatz nicht

sofort auf den ermittelten Durchschnittswert reduzieren und somit umgehend 40.000,- Euro einsparen müssen?

Bei der Gelegenheit: Was geschah eigentlich mit dem überschüssig eingestellten Geld? Sagen Sie nicht, Sie hätten es zurückgegeben, denn dann gäbe es ja keinen rechenbaren Einspareffekt im HSK. Es muss also ausgegeben worden sein.

Positiv zu erwähnen bleibt hier übrigens, dass das Rechtsamt im Gegensatz zu zahlreichen anderen Fachbereichen, Ämtern und Eigenbetrieben, wie z.B. die GWH, immerhin derartige Vergangenheitswerte benennen konnte. Allerdings verbunden mit den aus unserer Sicht fehlerhaften Schlussfolgerungen.

Beispiel: Interkommunale Zusammenarbeit.

Hagen Aktiv fordert die Verwaltung seit mehr als einem Jahr zur Hebung von Synergien im Rahmen der „Interkommunalen Zusammenarbeit“ auf. Im HFA vom 26. April 2010 haben wir z.B. nachgehakt, warum der „Ratenleistungsvertrag über die Lieferung von Kraftstoff“ nicht interkommunal ausgeschrieben wird. Der Verantwortliche versprach damals, dass man dieses im Folgejahr tun werde. Das Ergebnis im Februar 2011 war jedoch ernüchternd. Hier sagte der gleiche Verantwortliche, dass man nun mit GWH und HEB gemeinsam den Kraftstoff beziehen werde.

Meine Damen und Herren, das ist nicht interkommunal. Außerdem hätten wir erwartet, dass eine innerstädtische Zusammenarbeit im Konzern Stadt schon seit Jahren gängige Praxis ist. Auf erneute Nachfrage von Hagen Aktiv im Februar dieses Jahres soll diese Ausschreibung nun für 2012 interkommunal erfolgen. Wir sind gespannt was passieren wird.

Liebe Zuhörer, Sie erkennen an diesen Ausführungen, dass die Stadt Potentiale ungenutzt lässt. Die im HSK 2011 als Synergiepotential genannte Summe von 1,5 Mio. Euro im Bereich der Interkommunalen Zusammenarbeit sehen wir nur als Minimalziel. Wir halten hier ein Volumen von mehr als 5 Mio. Euro für durchaus realisierbar.

Beispiel: Bahnhofshinterfahung.

In den vergangenen Wochen hat Hagen Aktiv intensiv mit den Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße diskutiert. Hier konnten wir – ähnlich wie bei Stuttgart 21 – eine große Ablehnung der Bahnhofshinterfahung durch die Bürgerinnen und Bürger feststellen. Etwa 80 Prozent der Befragten fordern den sofortigen Stopp.

Die Bürgerinnen und Bürger sorgen sich vor unkalkulierbaren Risiken und zweifeln darüber hinaus den Nutzen der Bahnhofshinterfahung massiv an – egal ob ökologisch, städtebaulich oder wirtschaftlich. Diese Sorgen werden verstärkt, weil die Verwaltung bis dato nicht in der Lage ist, eine fundierte Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen. Hagen Aktiv, aber auch viele Bürgerinnen und Bürger, befürchten, dass der Gesamtpreis der Bahnhofshinterfahung mit 65,1 Millionen € nicht richtig taxiert wurde. Wenn bei diesem Projekt der Preis – prozentual gesehen - nur soweit aus dem Ruder läuft, wie bei den Planungskosten des Tierheim, dann stiege der Anteil der Stadt von etwas mehr als 20 Millionen auf weit über 30 Millionen € drastisch an.

Neben den genannten, risikobehafteten Investitionskosten wird die Bahnhofshinterfahung den städtischen Haushalt zukünftig mit rund 2 Mio. Euro Unterhaltskosten belasten – jedes Jahr. Wenn man sich durch die neue Trasse die Erschließung neuer Gewerbeflächen erhofft, sollte die Verwaltung in der Lage sein, eine belastbare Break-Even-Analyse zu erstellen, die aufzeigt, welche Mehreinnahmen in diesem Areal für die Stadt Hagen überhaupt durch Gewerbeansiedlungen zu erzielen sind. Welche Unternehmen sollen dort

angesiedelt werden? Welche Unternehmensgrößen sind überhaupt realistisch? Welches Volumen an Gewerbesteuer erwartet man? Die Erhebung dieser Werte ist keine Zauberei, wie mancher vielleicht glauben mag, sie ist im betriebswirtschaftlichen Sinne gängiges Alltagsgeschäft.

Bei alledem kann es aber dennoch sein, dass der Bürger bereit ist, die Konsequenzen der Bahnhofshinterfahrung zu tragen. Als wichtigste Konsequenz wäre dabei vor allem der Investitionsstopp für alle weiteren Investitionen über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren zu nennen. Deshalb sehen wir bei diesem Großprojekt das Ratsbegehren als einen wichtigen Weg, den Bürger mit einzubeziehen. Nach unserer Überzeugung sollen die Bürgerinnen und Bürger bei einem derart weitreichenden Projekt selbst entscheiden - natürlich vor dem Hintergrund valider Zahlen.

Nur zur Erinnerung: Auch der Regierungspräsident – Herr Dr. Bollermann - hatte sich noch vor wenigen Monaten so geäußert.

Beispiel: Sparfehler vermeiden.

Zum richtigen Sparen gehört es auch, Luftbuchungen zu vermeiden. Diese schlagen sich in den Folgejahren negativ nieder und konterkarrieren ernsthafte Sparbemühungen. Dazu nur eins von mehreren möglichen Beispielen aus dem HSK 2011:

Unter der Maßnahme 24.004 verweist die Verwaltung darauf, dass bei Konsolidierungsmaßnahmen das Haushaltsjahr 2008 als Grundlage für die zu realisierenden Einsparungen heranzuziehen ist. Aufgrund von Kyrillschäden und deren Beseitigung wurden im Jahr 2008 überdurchschnittlich hohe Ausgaben im Forstamt getätigt. Diese einmaligen Mehrausgaben werden nun aber als Sparsumme in das HSK 2011 eingestellt – und zwar fortlaufend als dauerhafte Einsparung und Haushaltsverbesserung bis zum Jahr 2014.

Gerne folgen wir der Logik der Zukunftskommission, dass man das Jahr 2008 als Basisjahr heranzieht. Aber wo werden die Risiken neuer Sturmschäden bis zum Jahr 2014 eingepreist? Wie hoch ist aufgrund des Klimawandels generell die Wahrscheinlichkeit neuer Naturkatastrophen? Warum werden folglich keine Kostensteigerungen in das HSK eingerechnet, die diesen Betrag definitiv schmälern würden?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrter Kämmerer, Sparen sieht anders aus. Die aktuelle Herangehensweise hat nichts mit ordnungsgemäßer Buchführung zu tun, so wie es das Kommunale Finanzmanagementgesetz, die Gemeindeordnung und die Gemeindehaushaltsverordnung des Landes NRW vorsehen.

Zum Schluss das Positive

Von Anfang an, d.h. auch in den Jahren, in denen Hagen Aktiv nur mit einem Vertreter im Rat vertreten war, haben wir aus Anlass der Einbringung des Haushalts jedesmal darauf aufmerksam gemacht, dass die Bürgerinnen und Bürger auch bei der Aufstellung des Haushaltsplans mit einbezogen werden müssen. Sechs Jahre danach war es im Vorfeld der HSK-Beratungen 2011 endlich soweit. Zumindest im Bereich der Einsparungen wurde den Hagenern ein Mitspracherecht eingeräumt. Sie wurden über die Kürzungsabsichten der Kämmerei ausführlich unterrichtet und konnten darüber hinaus eigene Vorschläge einreichen. Diese Vorschläge sind - zwar stark ausgedünnt - aber immer noch im Beratungsgang und sollen im Sommer 2011 vom Rat entschieden werden. Hagen Aktiv sagt hierzu: Der Anfang ist gemacht. Jetzt müssen wir auf diesem Weg weiter voran gehen. Es gilt, das Instrument des Bürgerhaushalts in Hagen zu entwickeln und dauerhaft zu verankern.

Weitere Hoffnung knüpfen wir an einen Beschluss, der heute gefasst werden soll.

Dabei geht es um die Beauftragung zur Durchführung eines „Wirkungsorientierten Haushalts“. Der grundlegende Beschluss dazu datiert aus Mai 2010 und wurde von Hagen Aktiv damals durch zusätzliche Vorschläge zu den Modalitäten der Durchführung erweitert: Wir wollen, dass der Wirkungsorientierte Haushalt auch durch wirkungsvolle Anreize gefördert und beschleunigt wird. Hagen Aktiv hält dieses Projekt zur Verbesserung der städtischen Finanzen und zur Verbesserung der Effektivität von Verwaltungshandeln für äußerst wichtig. Wenn es nach uns ginge, sollte dieses Projekt möglichst schon bis Ende 2012 umgesetzt sein, damit Hagen von den Vorteilen möglichst umgehend profitieren kann.

Geschwindigkeit ist hier Trumpf, meine Damen und Herren. Ich erinnere Sie daran: Der Kämmerer hat noch in der letzten Sitzung des HFA ausdrücklich vor der nahenden Gefahr gewarnt, dass die Zinssätze für die kurzfristigen Dispositionskredite hochschnellen werden. Sämtliche Sparbemühungen würden dadurch zur Makulatur.

Hoffnung leiten wir aber auch daraus ab, dass Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bei ihrem Amtsantritt eine betriebswirtschaftliche Neuausrichtung der politischen Beschlussvorlagen angekündigt bzw. sogar versprochen haben. Wie es um diese Verwaltungsvorlagen im Augenblick noch steht, habe ich ja eingangs schon ausführlich dargelegt. Aufgrund Ihrer Aussage harren wir hier jedoch hoffnungsfroh der Dinge, die da kommen.

Insgesamt positiv, jedoch auch mit wachem Auge, sehen wir der Optimierung des Beteiligungscontrollings entgegen. Der Weg ist prinzipiell richtig und sollte konsequent gegangen werden. Allerdings – und das haben wir schon bei der Beschlussfassung klar formuliert – dürfen bei der Ausgestaltung einer zukünftigen HVG-Holding die Mitspracherechte der Bürgerschaft nicht gegenüber dem vorherigen Zustand geschmälert werden. Deswegen begrüßen wir hier ausdrücklich die neue „Projektgruppe Beteiligungscontrolling“, die sicher stellen wird, dass Politik von vornherein intensiv in den Prozess eingebunden wird.

Meine Damen und Herren, bevor ich schließe, möchte ich noch einmal die wichtigsten Hagen Aktiv-Positionen für ein lebenswertes Hagen zusammenfassen:

- Hagen Aktiv stimmt dem Haushalt wegen des unausgewogenen Haushaltssicherungskonzepts nicht zu. Hier mache ich erneut auf die für uns nicht tragbaren Kürzungen in den Bereichen Jugend, Bildung, Soziales und ÖPNV aufmerksam.
- Hagen Aktiv erhofft sich schon für die nahe Zukunft Verwaltungsvorlagen mit betriebswirtschaftlich belastbaren Kennzahlen sowie einen Wirkungsorientierten Haushalt
- Hagen Aktiv setzt auch in Zukunft verstärkt auf Bürgerbeteiligung – bei teureren Projekten, wie der Bahnhofshinterfahrung, ebenso wie beim Haushalt insgesamt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!